

BERLIN AUTOFREI?

Wir in Mitte.

Ausgabe
Feb./März
2026



Magazin der CDU für den Bezirk Mitte



In dieser Ausgabe finden Sie u.a. folgende Themen:

- Ein Moment der Wärme - Weihnachtsessen für obdachlose Frauen im Neumanns
- Antonkiez/Klimakiez - Viele Behauptungen, wenig belastbare Grundlagen
- Nauener Platz/Schulstraße - Anwohner bleiben mit Problemen allein
- Kleiner Tiergarten - das Bezirksamt lässt die Moabiter im Stich
- Berlin autofrei – Ideologie statt moderner Verkehrspolitik

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Mitte,



Sven Rissmann, MDA
ger informieren.

haben Sie Dank für Ihr Interesse an dieser neuen Ausgabe des „Wir in Mitte“.

Auch diesmal möchten wir Sie über die jüngsten Aktivitäten der CDU-Mitte und unserer Amts- und Mandatsträ-

Der Bußgeldkatalog für Bestrafung von Müllsündern wurde bereits auf Initiative der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin deutlich verschärft und es können nunmehr empfindliche Strafen ausgesprochen werden. Hier ist nun aber das bezirkliche Ordnungsamt gefordert, Täter zu ermitteln und zu verfolgen. Ob die dafür in Mitte verantwortlichen Grünen hier endlich einen Schwerpunkt setzen, darf weiterhin bezweifelt werden, leider.

Auch das können Sie, die Bürgerinnen und Bürger in Mitte, dann bei Ihrer anstehenden Wahlentscheidung im September dieses Jahres berücksichtigen. Mehr dazu finden Sie in dieser Ausgabe.

Wieder einmal muss auch in dieser Ausgabe der Zustand des öffentlichen Raums Thema sein. Nicht nur durch den langen Winter, sondern auch durch das Fehlverhalten Einzelner und offensichtlich nicht ausreichender Kontrollen und Ahndungen, dominiert weiterhin ein Bild der Vermüllung und Verschmutzung weite Teile unserer Straßen, Plätze und Grünanlagen. Wir werden weiterhin politisch alles daran setzen, dass sich die Menschen in Mitte wieder wohl fühlen können und der öffentliche Raum sicher und sauber ist.

Wir sind auf Ihre Kritik und Unterstützung angewiesen. Kontaktieren Sie uns gerne, wenn Ihnen ein Thema im Kiez oder darüber hinaus auf dem Herzen liegt.

Wir wünschen Ihnen alles Gute und nun viel Freude beim Lesen des „Wir in Mitte“.

Ihr
Sven Rissmann, MDA
Kreisvorsitzender der CDU-Mitte

Impressum Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

V.i.S.d.P: Carsten Spallek, stellv. Kreisvorsitzender
CDU Mitte, Triftstraße 41, 13353 Berlin
Email: kreisgeschaeftsstelle@odumitte.de
www.odumitte.de
<https://www.facebook.com/odumitte>

Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung der CDU Mitte gestattet. Die abgedruckten Bilder unterliegen entweder einer CC-Lizenz, sind privat zur Verwendung freigegeben worden oder von Adobe Stock lizenziert. Foto Titelseite mit KI-Unterstützung (ChatGPT) generiert.

Autoren dieser Ausgabe: Sylvia Ganz (SG), Daniela Fritz (DF), Benjamin Fritz (BF), Christiane Holm (CH), Olaf Lemke (OL), Sebastian Pieper (SP), Sven Rissmann (SR), Lucas Schaal (LS), Carsten Spallek (CS)

Ein Moment der Wärme – Weihnachtsessen für obdachlose Frauen

Am 23. Dezember 2025 wurde das Restaurant NEUMANN'S zu einem Ort der Wärme, der Begegnung und der gelebten Menschlichkeit.

An diesem Abend fand dort erstmals ein Weihnachtsessen für obdachlose Frauen statt. Initiiert von Barjinder Sodhi, dem Betreiber des Neumanns, und Christiane Holm, Bürgerdeputierte der CDU im Sozialausschuss, entstand die Veranstaltung aus dem Wunsch, gerade in der Weihnachtszeit ein sichtbares Zeichen zu setzen – gegen das Wegschauen, für Mitgefühl und Solidarität.

Obdachlosigkeit bedeutet mehr als das Fehlen eines Zuhauses. Sie steht für Unsicherheit, Angst und Einsamkeit. Sie heißt, im Alltag übersehen zu werden. Besonders Frauen erleben diese Form von Armut häufig im Verborgenen – still, begleitet von Kälte und der täglichen Sorge um das eige-

ne Überleben.

Mit dem Weihnachtsessen wurde bewusst ein geschützter Raum geschaffen, in dem diese Frauen für einen Moment loslassen konnten. Ein Ort, an dem sie nicht stark sein mussten. Nicht erklären, nicht rechtfertigen. Ein Ort, an dem sie willkommen waren – so, wie sie sind.

Eine warme Mahlzeit, ein freundliches Wort und ein ehrlicher Blick auf Augenhöhe wurden an diesem Abend zu mehr als einer Geste der Hilfe: Sie erinnerten daran, dass jedem Menschen Würde innewohnt.

Wärme zu schenken heißt hinzusehen, zuzuhören und da zu sein. Mit diesem Abend erhielt Armut eine Stimme – und es wurde ein leises, aber kraftvolles Zeichen gesetzt: Würde ist kein Privileg. Sie ist ein Menschenrecht. (CH)



Barjinder Sodhi (in der ersten Reihe, schwarzer Pullover) mit Christiane Holm und weiteren Helferinnen und Helfern der CDU Mitte

Neujahresempfang der CDU Mitte

Mit rund 250 Mitgliedern und Gästen hat die CDU Berlin Mitte am 17. Januar 2026 ihren traditionellen Neujahresempfang im Rathaus Mitte gefeiert. In entspannter Atmosphäre bot der Empfang bei Essen und Trinken viel Raum für gute Gespräche, neue Kontakte und den persönlichen Austausch mit den Mandatsträgern des Kreisverbandes sowie den Direktkandidatinnen und -kandidaten für die Berlinwahl am 20. September 2026.



Mitglieder und Unterstützer. Ihr Einsatz, ihre Zeit und ihre Stimmen machen erfolgreiche Parteiarbeit überhaupt erst möglich. Gleichzeitig wurde deutlich, was die CDU im Bezirk und in der Stadt bereits erreicht hat – und dass mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf noch viele Aufgaben zu bewältigen sind.

Klar wurde auch: Die politischen Unterschiede sind deutlich, und nur mit einer starken CDU lässt sich verhindern, dass das Amt des Regierenden Bürgermeisters an die Linke fällt.

Der traditionelle Neujahresempfang war ein gelungener, motivierender Start in ein spannendes Wahljahr 2026. (SG)

Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Sven Rissmann sorgten die Reden des Bezirksbürgermeisterkandidaten Carsten Spallek und des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner für inhaltliche Impulse, klare politische Akzente und spürbare Motivation für den anstehenden Wahlkampf. Die engagierten und klaren Worte wurden vom Publikum mit viel Applaus aufgenommen.

Im Mittelpunkt stand dabei vor allem der Dank an die vielen engagierten



Noch immer keine Parkplätze am Charles-Corcelle-Ring

Bereits vor über einem Jahr hat der grüne Verkehrsstadtrat Christopher Schriener angekündigt, prüfen zu lassen, ob eine Rodung des Wäldchens am Charles-Corcelle-Ring möglich ist, um den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern zumindest eine kleine Fläche für dringend benötigte Parkplätze zur Verfügung zu stellen.

Zur Erinnerung: Durch die Einrichtung der aus Sicht vieler Anwohnerinnen und Anwohner nicht benötigten Fahrradstraße im Charles-Corcelle-Ring sind mehr als 200 Parkplätze ersatzlos weggefallen. Dies hat die ohnehin angespannte Parksituation vor Ort verschärft und stellt insbesondere für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner eine erhebliche Belastung dar.

Doch noch immer gibt es keine abschließende Entscheidung. Nach aktuellen Informationen wird weiterhin geprüft – mit einem Ergebnis ist frühestens im kommen-

den Herbst zu rechnen. Das bedeutet: Wenn im März die neue Gartensaison beginnt, stehen nach wie vor keine zusätzlichen Parkmöglichkeiten zur Verfügung.

Die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner fühlen sich damit weiterhin im Stich gelassen – und das trotz eines geltenden Beschlusses der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), der die Aussetzung der Fahrradstraße vorsieht.

Der direkt gewählte Wahlkreisabgeordnete Sven Rissmann wird sich gemeinsam mit der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion Mitte, Daniela Fritz, sowie Christiane Holm als Vertreterin der betroffenen Anwohnerschaft auch weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass im Charles-Corcelle-Ring wieder ausreichend Parkmöglichkeiten geschaffen werden. (DF/CH)



Antonkiez/Klimakiez - Viele Behauptungen, wenig belastbare Grundlagen

Mit einer Großen Anfrage hat die CDU-Fraktion Mitte die Folgen des sogenannten „Klimakiezes“ im Antonkiez, insbesondere in der Maxstraße, hinterfragt. Die Antworten des Bezirksamtes bleiben dabei in zentralen Punkten unbefriedigend.

Zwar verweist das Bezirksamt auf Beteiligungsformate und allgemeine strategische Ziele aus Landesprogrammen, konkrete belastbare Nachweise für eine akute Gefahrenlage oder außergewöhnliche Unfallzahlen liefert es jedoch nicht.

So wurden für den gesamten Antonkiez in drei Jahren lediglich zehn Unfälle mit Personenschaden benannt – eine systematische Verkehrszählung oder belastbare Prognosen fehlen.

Auch die Auswirkungen auf Gewerbe,

Pflegedienste und Rettungskräfte werden weitgehend pauschal abgetan. Die Aussage, alle Ziele seien „weiterhin erreichbar“, ersetzt keine fundierte Risikoanalyse, insbesondere wenn Rettungswege faktisch verlängert werden. Herausnehmbare Poller mögen technisch möglich sein, sind im Ernstfall jedoch kein Ersatz für freie, direkte Zufahrten.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass politische Zielsetzungen über konkrete Sicherheits- und Alltagsfragen gestellt werden. Die CDU-Fraktion bleibt dabei klar:

Verkehrspolitische Experimente dürfen nicht zulasten von Sicherheit, Gewerbe und Anwohnern gehen. Wohnviertel sind kein ideologisches Versuchsfeld. (OL)

Nauener Platz und Schulstraße: Anwohner bleiben mit Problemen allein

Mit zwei Anfragen hat die CDU-Fraktion Mitte die zunehmenden Belastungen rund um den Nauener Platz und die Schulstraße thematisiert. Anwohner berichten von unerlaubtem Campieren in Hausfluren, Vermüllung, einer sich verlagernden Drogenszene und zunehmendem Rattenbefall. Die Antworten des Bezirksamtes bleiben jedoch auffallend vage. Konkrete Zahlen zu Vorfällen, belastbare Maßnahmenkonzepte oder eine klare Unterstützung für betroffene Hausgemeinschaften werden kaum benannt.

Besonders deutlich wird dies am leerstehenden Haus in der Schulstraße 42.

Zwar ist dem Bezirksamt der problematische Zustand bekannt, doch wirk-

same Schritte gegen Vermüllung und unerlaubtes Campieren sind bislang nicht erkennbar. Auch für die Anwohner der angrenzenden Häuser gibt es keine nachvollziehbaren Unterstützungsangebote.

Statt klarer Zuständigkeiten und abgestimmter Maßnahmen verweist das Bezirksamt überwiegend auf allgemeine Zustände und bestehende Routinen.

Die CDU-Fraktion fordert daher: Sicherheit, Sauberkeit und Hilfe für Betroffene müssen gemeinsam gedacht und konsequent umgesetzt werden. Leerstand und Verwahrlosung dürfen nicht länger auf dem Rücken der Nachbarschaft ausgetragen werden. Die Bürger dürfen nicht allein gelassen werden. (OL)

Politische Instrumentalisierung des Andenkens an Dr. Walter Lübcke durch das „Zentrum für politische Schönheit“

Am 02.12.2025 hat das sog. „Zentrum für politische Schönheit“ eine Statue von Dr. Walter Lübcke, ein ehemaliger CDU-Politiker aus Hessen, auf dem Platz vor der Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschland errichtet. Dr. Walter Lübcke wurde am 02.06.2019 von einem Rechtsextremisten vor seinem Wohnhaus in Wolfhagen-Istha umgebracht. Herr Lübcke war aufgrund seiner Haltung, Mut und Menschlichkeit in der CDU sehr geschätzt und sein Mord durch einen Rechtsextremen hat die CDU erschüttert.

Das Zentrum für politische Schönheit instrumentalisierte diesen Vorfall und möchte eine vermeintliche Zusammenarbeit von CDU und AfD thematisieren. Das ist aufgrund des geltenden Unvereinbarkeitsbeschlusses der CDU mit der AfD redundant. Im Nachgang informierte die Familie Lübcke, dass sie, anders als das grün geführte Bezirksamt mitteilte, nicht über die Aktion informiert wurde.

Eine Einbeziehung der Familie in ein solches Vorhaben solle „frühzeitig, transparent und in enger Abstimmung“ erfolgen. Das ist in den Vorbereitungen der Aktion nicht passiert. Trotzdem nahm die Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger an der Einweihung teil.

Die CDU-Fraktion in der BVV-Mitte machte deutlich, dass diese Aktion politisch spaltend und pietätlos ist und jeder, der sich an einem derartigen Angriff auf eine demokratische Partei beteiligt, den Boden verantwortungsvoller Amtsführung verlässt. Außerdem hat die CDU-Fraktion den Antrag 2431/VI „Genehmigung für die Walter-Lübcke-Statue zurücknehmen“ eingereicht, um den Bezirk darum zu ersuchen, die erteilte Genehmigung für diese Statue umgehend zurückzunehmen und zu prüfen, ob diese Installation rechtswidrig in urheber-, persönlichkeits- oder ordnungsrechtliche Schutzgüter eingreift. (DF)

Kleiner Tiergarten – Das Bezirksamt lässt die Moabiter im Stich!

Mit einem Antrag für ein weiterentwickeltes Pflege- und Sicherheitskonzept nimmt die CDU-Fraktion Mitte den Kleinen Tiergarten erneut in den Blick.

Seit Jahren steht die zentrale Grünanlage in Moabit sinnbildlich für Verwahrlosung, offenen Drogenkonsum und Sicherheitsprobleme. Die Kritik der CDU-Fraktion richtet sich dabei sowohl an das Bezirksamt als auch an die politischen Mehrheiten aus Grünen, SPD und Linken, die die Lage seit Langem verharmlosen oder negieren. Währenddessen berichten Anwohnerinnen und Anwohner, Familien und ältere Menschen zunehmend von Angsträumen und ein-

geschränkter Aufenthaltsqualität.

Der Antrag macht deutlich, wo die Defizite liegen: Es fehlt an kontinuierlicher Pflege, ausreichender Beleuchtung und vor allem an einer abgestimmten, verlässlichen Präsenz von Polizei und Ordnungsamt. Statt punktueller Aktionen fordert die CDU-Fraktion ein dauerhaft wirksames Gesamtkonzept mit klarer Erfolgskontrolle.

Für die CDU-Fraktion müssen Grünanlagen Orte der Erholung sein. Solange der Kleine Tiergarten gemieden wird, hat die (grüne) Politik ihren Auftrag verfehlt. (OL)

Bezirksverordnetenversammlung Mitte diskutiert zum Katastrophenschutz

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Mitte hat sich in ihrer jüngsten Sitzung im Rahmen einer Thematischen Stunde mit dem Thema Katastrophenschutz befasst. Anlass war unter anderem eine Anfrage der CDU-Fraktion zur Vorsorge des Bezirks für Krisenlagen wie großflächige Stromausfälle, Extremwetterereignisse oder andere Katastrophen. Die Antwort des Bezirksamts offenbarte dabei strukturelle Defizite, die über den Bezirk hinausweisen.

Deutlich wurde insbesondere, dass es in Berlin bislang offenbar kein übergeordnetes, gesamtstädtisches Konzept für den Katastrophenschutz gibt, das bei einer auf einen Bezirk begrenzten Krisenlage greift. Stattdessen liegt die Verantwortung für die Katastrophenfürsorge weitgehend bei den einzelnen Bezirken. Diese sollen eigenständig Vorsorge treffen, Strukturen aufbauen und Maßnahmen planen – allerdings mit sehr unterschiedlichen personellen, finanziellen und räumlichen Voraussetzungen.

Diese Fragmentierung birgt Risiken. Katastrophen machen nicht an Bezirksgrenzen halt, sondern erfordern abgestimmte Abläufe und eine einheitliche Koordina-

tion. Wenn jeder Bezirk für sich agiert, drohen im Ernstfall Informationslücken, ineffiziente Ressourcennutzung und unklare Zuständigkeiten. Gerade in einer Millionenstadt wie Berlin ist eine solche Herangehensweise kaum zeitgemäß.

Zwar verwies das Bezirksamts auf bestehende Alarm- und Einsatzpläne sowie die Zusammenarbeit mit Feuerwehr und Hilfsorganisationen. Doch ohne ein verbindliches gesamtstädtisches Rahmenkonzept bleibt

unklar, wie diese Strukturen im Zusammenspiel aller Bezirke funktionieren sollen. Auch die Frage nach einheitlichen Standards für Notunterkünfte, Kommunikationswege oder die Versorgung der Bevölkerung blieb offen.



Bild mit KI-Unterstützung erstellt

Die Diskussion in der BVV machte deutlich: Katastrophenschutz darf nicht allein Aufgabe der Bezirke sein. Er erfordert eine klare Steuerung auf Landesebene, verbindliche Vorgaben und eine bessere Verzahnung aller beteiligten Akteure. Die Landespolitik ist gefordert, aus den Erfahrungen der vergangenen Krisen zu lernen und endlich ein tragfähiges, berlinweites Konzept vorzulegen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Bevölkerung im Ernstfall verlässlich geschützt ist. (SP)

Wiedereröffnung des Kino International

Nach umfangreichen Sanierungsarbeiten öffnet das Kino International am 3. März feierlich wieder seine Türen. Seit seiner Eröffnung im Jahr 1963 ist das traditionsreiche Kino an der Karl-Marx-Allee ein bedeutender Anlaufpunkt für viele Anwohnerinnen und Anwohner in der Nachbarschaft und in ganz Berlin. Umso erfreulicher, dass nach knapp zwei Jahren Sanierung dieser besondere Ort nun wieder öffnet. Der großzügige Saal mit 506 Sitzplätzen, die markante Holzvertäfelungen, die detailreichen Kristalleuchter zählen zu den prägenden Elementen des Hauses und wurden denkmalgerecht mit Förderung des Bundes und des Landes Berlin saniert.

Große Vorfreude besteht auch auf die Panoramabar mit Blick auf die Karl-Marx-Allee, die künftig wieder Raum für Begegnungen, Treffen und kleinere Feiern bieten wird, unabhängig vom Kinobesuch. Damit gewinnen die Anwohnerinnen und Anwohner einen wichtigen Treffpunkt zurück.

Der Abgeordnete Lucas Schaal nahm die bevorstehende Wiedereröffnung zum Anlass, das Kino kurz vor Abschluss der Arbeiten persönlich zu besuchen. Besonders beeindruckt zeigte er sich vom Kinosaal mit seiner originalen Rabitzdecke in Wellenform, die für eine hervorragende Akustik sorgt, sowie vom funkelnden Premierenvorhang, beides einzigartige Elemente des Hauses.

Im Gespräch mit dem Geschäftsführer der Yorck Kinogruppe, Dr. Christian

Bräuer, und dem Geschäftsleiter des Kino International, Thore Horch, ging es um die Bedeutung des Kinos für den Bezirk Mitte und die Wünsche der Nachbarschaft nach einem lebendigen Ort des Austauschs. „Die Menschen freuen sich schon lange auf diesen Ort. Kino und Panoramabar bieten endlich wieder Raum für Begegnungen und kulturelle Angebote direkt vor der Haustür“, betonte Schaal. Wichtig sei dabei, dass solche Einrichtungen nicht nur Orte der Kultur, sondern auch nachbarschaftliche Treffpunkte bleiben.

Mit der Wiedereröffnung knüpft das Kino International an seine lange Tradition als Ort für Filmkunst, Premieren und Austausch an. Ein Stück Kiezleben kehrt damit zurück nach Mitte. (LS)



Lucas Schaal mit Geschäftsführer Dr. Christian Bräuer im Kinosaal

Vor Ort bei der Bayer AG

Der direkt gewählte Weddinger Wahlkreisabgeordnete Sven Rissmann besuchte gemeinsam mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, Lucas Schaal, die globale Unternehmenszentrale der Division Pharmaceuticals der Bayer AG am Standort Wedding. Im Mittelpunkt des Austauschs standen die Bedeutung des Standorts für den Bezirk sowie aktuelle Themen rund um Beschäftigung, Ausbildung und Standortentwicklung.

Mit rund 5.000 Beschäftigten zählt der Berliner Standort der Bayer AG zu den größten privaten Arbeitgebern der Hauptstadt. Zugleich ist er einer der wichtigsten Forschungs- und Produktionsstandorte des Konzerns. Der Schwerpunkt liegt dabei insbesondere auf den Bereichen Onkologie und Radiologie. Der Standort ist seit Jahrzehnten fest im Wedding verankert und prägt den Bezirk Berlin-Mitte als Arbeits-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort.

Ein weiterer Schwerpunkt des Besuchs lag auf der be-

trieblichen Ausbildung. Mit rund 180 Auszubildenden am Berliner Standort und über 800 Auszubildenden bundesweit ist die Bayer AG ein bedeutender Ausbildungsbetrieb. Allein im Wedding werden mehr als zehn verschiedene Ausbildungsberufe angeboten, darunter unter anderem Chemielaborantinnen und -laboranten, Biologie-laborantinnen und -laboranten sowie Chemikantinnen und Chemikanten.

Im Austausch mit Auszubildenden erhielten die politischen Verantwortungsträger Einblicke in den Ausbildungsalltag sowie in die Arbeit in den Laboren vor Ort. Dabei wurden auch

Fragen der Ausbildungsbedingungen und des Arbeitsumfelds thematisiert.

Der Besuch verdeutlichte einmal mehr, wie wichtig der regelmäßige Austausch zwischen Politik und den ansässigen Unternehmen im Bezirk ist. Gerade mit Blick auf Beschäftigung, Ausbildung und die langfristige Sicherung des Standorts kommt solchen Gesprächen für den Wedding und Berlin-Mitte eine zentrale Rolle zu. (DF)



Ein Life-Science-Campus in den ehemaligen Osramhöfen

Einst waren die Osramhöfe einer der größten europäischen Produktionsstandorte des Glühbirnenherstellers Osram, nun soll aus den ehemaligen Osramhöfen, die in den letzten Jahren als Büro- und Geschäftsstandorte genutzt wurden, ein Life-Science-Campus werden.

Der direkt gewählte Wahlkreisabgeordnete Sven Rissmann hat sich vor Ort mit einem Vertreter von Feldberg Capital über die genauen Pläne ausgetauscht.

Bis zum Jahr 2030 sollen vor Ort im Wedding auf 20.000 Quadratmetern Labor- und Forschungsflächen ent-

stehen. Dabei soll auch eine energetische Sanierung erfolgen, soweit es der Denkmalschutz ermöglicht. Zudem wird angestrebt, unter anderem durch mehr Grünflächen die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Die ebenfalls in den ehemaligen Osramhöfen ansässige Direktion 1 der Berliner Polizei wird auch weiterhin erhalten bleiben. Diese ist essentiell für den Wedding – sie ist unter anderem für den Leopoldplatz zuständig.

Die geplante Umgestaltung der Osramhöfe ist ein großer Gewinn für den Wedding! (DF)



Im Gespräch mit der BSR

Und täglich grüßt das Murmeltier! Ein Sofa hier, ein Schrank dort und als optisches Highlight eine Toilettenschüssel – nein, wir sprechen nicht von Eindrücken aus einem Möbelhaus, sondern von illegal entsorgtem Sperrmüll im öffentlichen Straßenland unseres Bezirks Mitte.

Besonders stark betroffen ist vor allem der Ortsteil Wedding. Beispielsweise wird in der Transvaalstraße und am Dohnagestell immer wieder gewerblicher Sperrmüll abgeladen. Da am Rande der Rehberge keine Wohnhäuser stehen, ist in den Abendstunden sowie in der Nacht eine unbeobachtete illegale Müllentsorgung möglich.



Den direkt gewählten Wahlkreisabgeordneten Sven Rissmann erreichen tagtäglich Nachrichten von Bürgerinnen und Bürgern bezüglich der starken Vermüllung des Weddings. Daher hat er sich gemeinsam mit Danny Freymark, MdA, dem CDU-Stadtrat Benjamin Fritz sowie einigen Vertretern der CDU-Fraktion Mitte zum Austausch mit zuständigen Vertretern der BSR für die Region Mitte getroffen.

Zuständig für die Beseitigung des illegal entsorgten Sperrmülls im öffentlichen Straßenland ist zwar die BSR, doch für die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten ist der jeweilige Bezirk zuständig. Im Fall von Mitte obliegt die Verantwortung dem grünen Stadtrat für Verkehr und Ordnung, Christopher Schriener. Man hat jedoch leider nach wie vor den Eindruck, dass ebendieser sich vorrangig mit der Planung weiterer Poller und Fahrradstraßen beschäftigt, statt endlich etwas gegen die Vermüllung unseres Bezirkes zu unternehmen. Dabei wurde auf Initiative der CDU-Fraktion der Bußgeldkatalog in dieser Wahlperiode geändert und die Strafen für Müllsünder drastisch erhöht.

In der Januar-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin wurde der Antrag der CDU-Fraktion Mitte bezüglich eines „Pilotprojektes Videoaufklärung Sperrmüll“ mehrheitlich angenommen. Nun bleibt abzuwarten, ob Herr Schriener dieses Ersuchen umsetzt, oder – wie im Fall des Charles-Corcelle-Rings – den Mehrheitsbeschluss der BVV ignoriert.

Fakt ist: Die BSR stößt zunehmend an ihre Grenzen, da der illegal entsorgte (Sperr-)Müll in Mitte unhaltbare Ausmaße annimmt. (DF)

Berlin autofrei – Ideologie statt moderner Verkehrspolitik

Die Initiative „Berlin autofrei“ verfolgt ein hehres Ziel: weniger Verkehr, mehr Lebensqualität, sauberere Luft. Diese Ziele teilt auch die CDU in Berlin. Doch gute Absichten allein reichen nicht aus – entscheidend ist, ob ein Vorschlag realistisch, sozial ausgewogen und wirtschaftlich verantwortbar ist. Genau daran scheitert „Berlin autofrei“.

Ein nahezu vollständiges Verbot des privaten Autoverkehrs innerhalb des S-Bahn-Rings blendet die Lebensrealität vieler Berlinerinnen und Berliner aus.

Handwerker, Pflegedienste, kleine Gewerbetreibende, Familien mit Kindern oder mobilitätseingeschränkte Menschen sind weiterhin auf das Auto angewiesen. Der öffentliche Nahverkehr ist – trotz aller Verbesserungen – derzeit weder flächendeckend zuverlässig noch ausreichend leistungsfähig, um diese Funktionen kurzfristig zu ersetzen.

Besonders problematisch ist die soziale Schieflage des Vorhabens. Während gut situierte Innenstadtbewohner mit flexiblem Arbeitsalltag Alternativen nutzen können, würden Pendler aus den Außenbezirken und dem Umland die Hauptlast tragen. Verkehrspolitik darf jedoch nicht ideologisch, sondern muss gerecht sein.

Auch wirtschaftlich ist das Konzept riskant. Der innerstädtische Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungsbetriebe sind auf Erreichbarkeit angewiesen. Lieferverkehre, Kundenströme und Arbeitswege lassen sich nicht per Volksentscheid umorganisieren. Wer Berlin als Wirtschaftsstandort stärken will, darf ihn nicht lahmlegen.

Nicht zuletzt setzt die Initiative auf Verbote statt auf Innovation. Eine moderne Verkehrspolitik fördert Technologieoffenheit: emissionsarme Fahrzeuge, intelligente Verkehrslenkung, bessere Park-and-Ride-Konzepte und einen leistungsfähigen ÖPNV.

Wandel gelingt durch Anreize und Investitionen – nicht durch pauschale Verbote. Berlin braucht eine Verkehrspolitik mit Augenmaß. „Berlin autofrei“ ist dafür der falsche Weg. (CS)



Bild mit KI-Unterstützung erstellt

Öffnung der Außenfläche des Erika-Heß-Eisstadions für den öffentlichen Lauf am 12.01.2026

Das Erika-Hess-Eisstadion (Müllerstraße 185, 13353 Berlin) hat nach mehrjähriger Schließung am 12.01.2026 seine Außenfläche für den öffentlichen Schlittschuhlauf wieder geöffnet. Neben dem öffentlichen Lauf werden dann auch künftig wieder die bezirklichen Schulen die Möglichkeit haben, im Rahmen des Schulunterrichts am Vormittag Schlittschuh laufen zu gehen.

Die Außenfläche ist täglich von Montag bis Sonntag geöffnet. Aufgrund der umfangreichen Instandsetzung der Kühlanlage konnte die Außenfläche nun nach vielen Jahren endlich wieder in Betrieb

genommen werden. Die Außenfläche ist voraussichtlich bis zum 15.03.2026 geöffnet.

Bezirksstadtrat für Schule und Sport, Benjamin Fritz (CDU): „Mit der Eröffnung der Außenfläche des Erika-Hess-Eisstadions erweitern wir unser Angebot für den Eissport und ermöglichen so, dass die Bewohnerinnen und Bewohner endlich wieder auch im Erika-Hess-Eisstadion ihrem Sport nachgehen können. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, die die Wiederinbetriebnahme des Erika-Hess-Eisstadions ermöglicht haben.“ (BF)



Nachbarschaftskaffee beim BSR-Kieztage in der Wilhelmstraße/An der Kolonnade

Sperrmüll, alte Elektrogeräte oder Alttextilien unkompliziert und kostenlos loswerden, genau das war beim BSR-Kieztage in der Wilhelmstraße/An der Kolonnade wieder möglich. Am 4. Februar war die Berliner Stadtreinigung von 08.00 bis 13.00 Uhr wieder vor Ort und ermöglichte es, Anwohnerinnen und Anwohner, nicht mehr benötigte Gegenstände direkt abzugeben und sich so den Weg zum Recyclinghof zu sparen.

Trotz eisiger Temperaturen von minus 6 Grad und Schneefalls nutzten viele Nachbarinnen und Nachbarn die Gelegenheit, um alte Gegenstände loszuwerden oder den Keller zu entrümpeln. Neben der fachgerechten Entsorgung bot der Kieztage auch wieder eine Tauschmöglichkeit. Gut erhaltene, gebrauchte Dinge konnten abgegeben und andere noch brauchbare Gegenstände kostenfrei mitgenommen werden. Das Angebot wurde rege genutzt und zeigte erneut, wie sinnvoll solche niedrigschwelligen Aktionen für die Nachbarschaft sind.

Traditionell lädt der CDU-Abgeordnete Lucas Schaal anlässlich der BSR-Kieztage auch immer zum Nachbarschaftskaffee vor Ort ein, um unkompliziert

und direkt ins Gespräch zu kommen. So gab es eine Vielzahl guter Gespräche während der gesamten Veranstaltung und natürlich auch viele Anregungen zu kleinen und großen Problemen aus der Nachbarschaft.



Lucas Schaal im Gespräch mit Nachbarn

Bei heißem Kaffee und Tee wurden Themen direkt angesprochen und insbesondere der Einsatz von Streusalz auf Gehwegen intensiv diskutiert. Es wurde gut aufgenommen, dass der CDU-geführte Senat nun das Streusalzverbot lockern will, damit hartnäckiges Eis auf Gehwegen in Zukunft besser bekämpft werden kann. Schaal betonte, dass dies gerade für Mitte sehr wichtig sei, wo gerade ältere Nachbarn viele Wege

zu Fuß zurücklegen und besser geschützt werden müssen.

Die BSR-Kieztage sind ein guter Anlass zum direkten Austausch und ein hervorragender Service bei der Sperrmüllentsorgung vor Ort. „Daher habe ich mich in den Haushaltsverhandlungen im Abgeordnetenhaus besonders dafür eingesetzt, dass es in diesem Jahr noch mehr BSR-Kieztage in Mitte geben wird“, so Schaal. (LS)

Die Andersen-Grundschule in Wedding wurde mit dem Preis „Deutsche Schachschule in Gold“ ausgezeichnet

Am 30.01.2026 hat der Deutsche Schachverband die Andersen-Grundschule mit dem Qualitätssiegel „Deutsche Schachschule in Gold“ ausgezeichnet. Die feierliche Verleihung der offiziellen Plakette fand in der Aula der Grundschule statt.

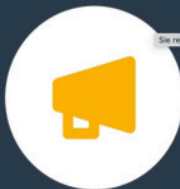
Die Andersen-Grundschule bietet seit vielen Jahren wöchentlichen Schachunterricht für ihre Schülerinnen und Schüler an. Mit der Verleihung des Qualitätssiegels ist sie die erste Grundschule in Berlin, die diese Auszeichnung erhalten hat. In allen Jahrgangsstufen treffen sich schachbegeisterte Kinder regelmäßig zum gemeinsamen Training. Dank des großen Engagements der zuständigen Lehrkräfte haben viele Schülerinnen und Schüler eine beeindruckende Spielstärke entwickelt. Sie nehmen regelmäßig und sehr erfolgreich an bezirklichen sowie überbezirklichen Schachturnieren teil.

Benjamin Fritz, Bezirksstadtrat für Schule und Sport in Mitte (CDU), erklärt: „Es

ist sehr erfreulich, dass die Andersen-Grundschule mit dem Qualitätssiegel ‚Deutsche Schachschule in Gold‘ ausgezeichnet wurde. Diese Ehrung ist das Ergebnis des außergewöhnlichen Engagements der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schülerinnen und Schüler, die nach dem regulären Unterricht gemeinsam trainieren und sich diese Auszeichnung mit großem Einsatz erarbeitet haben.“ (BF)



Gute Gründe, Mitglied zu werden:



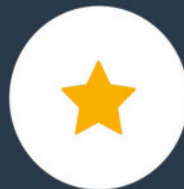
Sie reden mit!



Wir sind eine Werte-Partei!



Als CDU-Mitglied entscheiden Sie mit!



Werden Sie Teil unserer Erfolgsgeschichte!